

Kein Hauch von Bürgerkrieg

Kluge Beobachtungen zu den Wahlkämpfen in der Bundesrepublik von der Gründung bis zur Wiedervereinigung

„Wahlkämpfe müssen einen Hauch von Bürgerkrieg ins Land tragen, anders lassen sich die Bürger nicht mobilisieren“, meinte einst Winston Churchill. An diese Empfehlung haben sich die deutschen Wahlkämpfer nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gehalten. Die Begründung liefert Thomas Mergel in seiner lesenswerten Studie gleich mit: Wahlkampf im Bürgerkrieg von NSDAP und KPD hatten sie Anfang der dreißiger Jahre genug gehabt. Um so erstaunlicher allerdings die „Offenheit, ja Unverfrorenheit, mit der die Vergangenheit in Wahlkämpfen nach dem Krieg instrumentalisiert wird“, nicht allein, weil die APO und ihre Adepten „mit dem NS-Vorwurf schnell bei der Hand waren“.

Nein, schon im ersten Wahlkampf 1949 ging es los, wettete die CDU über die „Nazi-Methoden der SPD gegen Erhard“, während es auf Seiten der Sozialdemokraten hieß, Konrad Adenauers Rede „hätte Hitlers Hinkefuß Goebbels nicht besser halten können“. 1957, in jenem Jahr, als Adenauer einen Wahlsieg der SPD mit dem Untergang Deutschlands gleichsetzte, plakatierten eben jene Sozialdemokraten: „In 12 Jahren ruinierte Hitler Deutschland. Gebt Adenauer keine 12 Jahre Zeit.“ Die FDP erklärte damals, Adenauer sei „die größte Gefahr in der deutschen Geschichte seit Hitler“ – und einer ihrer Spitzenpolitiker, Reinhold Maier, der einzige Ministerpräsident, den die Partei je hervorgebracht hat, warnte, der Alte aus Rhöndorf bereite „die totale Machtergreifung im Staate vor“. Ein Jahr später – die Union hatte inzwischen als erste und einzige deutsche Partei in freien Wahlen die absolute Mehrheit in Prozenten und Mandaten gewonnen – nannte der SPD-Politiker Herbert Wehner den siegreichen Bundeskanzler „eine Nachgeburt Hitlers“. Ließ sich der Wunderreis Adenauer im Wahlkampf mit seinen Enkeln ablichten, dann kommentierte der Sozialdemokratische Pressedienst hämisch: „Kinder ziehen immer, selbst Hitler nahm sie auf den Arm...“ Der Kanzler scherte sich um derlei Anwürfe wenig, nutzte in seinen Wahlkämpfen ganz ungeüner Görgings bequemen Sonderzug.

Mergel hat eine Fülle solch erstaunlicher Fundstücke zusammengetragen, hat auch das wellenförmige An- und Ab-schwellen von aggressiven Kampagnen herausgearbeitet. Während in den fünfziger und sechziger Jahren in Wahlkämpfen eher geholt und gebolt wurde, waren sie in den Sechzigern unter dem Eindruck von Willy Brandt und Ludwig Erhard stärker „friedfertig-sachlich“, selbst zuletzt, weil Brandt sich damit ganz bewusst von der infamen Kampagne absetzte, die auf seine uneheliche Geburt und sein Exil anspielte, ihn als „vaterlandlos-Gesellen“ zu stigmatisieren suchte. Allerdings bedeutete „68“ auch für die Wahlkämpfe einen tiefen Einschnitt, weil fortan Regelverletzungen und massive Störungen von Wahlveranstaltungen zum Repertoire des linken politischen Lagers gehörten, was nicht nur Franz Josef Strauß zu spüren bekam, gegen den 1980 der „härteste Wahlkampf überhaupt“ geführt werden sollte. Dass Helmut Schmidt angesichts der Studentenunruhen 1968/69 mit „über 30 Toten im Wahlkampf“ rechnete, war aber in jedem Fall übertrieben.

Es ist tatsächlich „ein Stück Kulturge-schichte“, das Mergel bietet, auch wenn er sich vor allem auf CDU und SPD konzentriert, deren Archive umfassend durchforstet und ausgewertet hat, den Anteil der Grünen am deutschen „Campaigning“ weitgehend ausblendet. Das ist deshalb schade, weil er die hohe Bedeutung von Angstkampagnen, das Eingehen auf das umfassende Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung sorgfältig herausdestilliert, den Antikommunismus („Alle

sche Wahlkämpfe durchlaufen haben. Er holt weit aus dabei, blickt zurück in die Weimarer Republik, liefert auch amüsante Beispiele politischer Agitation: „Wählt SPD“, stand auf Seifenstücken, die Sozialdemokraten 1928 an ihre proletarischen Wähler verteilte. Die SPD, nicht Goebbels, setzte damals erstmals einen dreißig-minütigen Film als Werbemittel ein und schickte mehr als 100 Agitpropgruppen wie die „Roten Raketen“ übers Land.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, wo man

rück, auch die „Händeschüttel-Taktik“, die Brandt so schwer fiel und jenen scheinbar schüchternen Satz, den er immer wieder nach Wahlversammlungen verwenden musste: „Ich komme gern wieder. Als was, hängt von Ihnen ab!“

Die Professionalisierung auf allen Seiten nahm zu. Weg von persönlichen Beratern, hin zu geschulten Stäben im Parteiapparat, lautete jetzt die Devise. Neue Berufsprofile entstanden. Der „Pollster“ wertete Umfragen (Polls) aus. „Strategist, Media Man, Spin Doctor“ sollten dem Wahlkampf den entscheidenden „Dreh“ (Spin) geben. Die Bedeutung von Agenturen und vor allem des Fernsehens stieg – auf dieses Medium hatte CDU-Wahlkampfleiter Franz Meyers 1957 noch ganz verzichten wollen –; die Länge der Werbespots sank von 5 Minuten auf 90, ja 30 Sekunden im Privatfernsehen. Wahlkampf wurde zum medialen Ereignis. Der prominente „Testimonial“ wurde mit Martin Walser und Günter Grass im SPD-Wahlkampf entdeckt, der einfache Bürger sprach sich 1965 erstmals für Erhard aus. Nach „68“ kamen Wählerinitiativen auf, etwa 380 mit mehr als 70 000 Beteiligten forderten 1972 „Willy wählen“ – ein einsamer Rekord in der Republikgeschichte.

Trickfilme mit den kleinen roten Giftzweigen, die nachts an Adenauers Regierungsapparaten herumfuhrten und alles durcheinanderbrachten oder als Vögel „Plietsch“ und „Plemm“ auf Seiten der SPD die Lage kommentierten, verschwanden als Werbemittel. Auch Ironie wurde immer seltener: 1976 hatte die Union noch plakatiert „Wir haben die SPD jetzt lange genug GENOSSEN!“ oder „CDU nicht nur für Christen, sondern auch für Atheisten“. Unter dem Einfluss ihrer Generalsekretäre Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler hatte sich die Partei vom Doppelwahldebakel 1969/72 erholt und begonnen, den „Sprachraub“ (Biedenkopf) der SPD zu bekämpfen, die erfolgreich Schlüsselbegriffe wie „Demokratisierung/Gerechtigkeit/Mitbestimmung/Solidarität“ für sich besetzt hatte. Nicht nur der wichtigste Wahlkampfspezialist der Union, Peter Radunski, erkannte jetzt, dass dem das antagonistische Begriffs-paar von Sicherheit und Freiheit erfolgversprechend gegenübergestellt werden könne. Daraus wurde bald eine Trias: „Sicherheit, sozial und frei“.

Klug sind all diese Beobachtungen, aber bedauerlich bleibt, dass die Studie keinen Blick in die Innenzentren der Parteien liefert, nicht doch stärker deren Entscheidungswege zu Wahlkampfstrategien und Wahlkampfslogos ausleuchtet und mit dem Jahr 1990 endet – selbst wenn Gerhard Schröders Entgleisung in der Elefantenrunde 2005 noch aufscheint, als er in der irrigen Annahme ausreichender Überhangmandate seine Niederlage nicht anerkennen mochte. In jedem Fall hätte man gern gewusst, wie Mergel die neueste Entwicklung erklärt, die Hinwendung zur „asymmetrischen Wählerdemobilisierung“, bei der es darum geht, kaum Streitpunkte anzusprechen, damit die Wähler der Gegenpartei gar nicht mobilisiert werden und gleich zu Hause bleiben. Damit hat Angela Merkel die Bundestagswahl 2009 „gewonnen“. DANIEL KOERFER

Thomas Mergel: Propaganda nach Hitler. Die Kulturgeschichte des Wahlkampfes in der Bundesrepublik 1949–1990. Wallstein Verlag, Göttingen 2010. 416 S., 29,90 €.



Im Bundestagswahlkampf des Jahres 1965 in Bonn

Abbildung aus dem besprochenen Band

Wege der SPD führen nach Moskau“) als entscheidenden Wahlhelfer der Union in den fünfziger Jahren präsentiert. Der hat nun lange ausgedient. Aber könnte es nicht sein, dass an seine Stelle in den Wahlkämpfen seit den achtziger Jahren zunehmend „Atomkraft“ als mobilisierender Angstbegriff getreten ist, den ganz besonders die Grünen zu instrumentalisieren verstehen?

Der Autor beschreibt den umfassenden Prozess der Professionalisierung, Personalisierung und Medialisierung, den deut-

in den Parteien noch ungeniert von „Wahlpropaganda“ sprach und sich niemand daran störte, dass viele der für die Wahlkampfgestaltung Verantwortlichen – wie Erich Peter Neumann, Elisabeth Noelle oder Otto Lenz – mit der NS-Propaganda „intim vertraut“ waren, richtete sich erst allmählich der Blick nach draußen, vor allem in Richtung Vereinigte Staaten. Die Idee, Brandt als „Mr. Berlin“ und deutschen Kennedy aufzubauen, brachten Klaus Schütz und Alex Möller von ihren dortigen Wahlkampfbeobachtungen zu-

Und immer wieder nur Patrioten . . .

Eine leidenschaftliche Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert mit manchen Widersprüchen

Die Reihe „Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert“ soll Differenzen und Ähnlichkeiten im Kontext der europäischen Entwicklung sichtbar machen. Dieser innereuropäische Vergleich ist zweifelsohne lohnend, setzt aber Kenntnisse über die Geschichte so ziemlich aller „anderen“ Staaten voraus, über die kaum ein Autor verfügt. Dieses Unterfangen ist besonders kompliziert, wenn es sich – wie im vorliegenden Fall – gar nicht um eine Nationalgeschichte handelt, sondern um einen Vielvölkerstaat, der keiner sein wollte, und um eine Nationsbildung, die innerhalb des stakavischen Dialekts entlang konfessioneller Bruchlinien verläuft. „Alles, was religiös ist, ist gleichzeitig auch national.“ Jedoch wird dieses Thema nicht systematisch aufgegriffen.

Nationen eigne „keine transhistorische Existenz“, man könne sie deshalb auch nicht einfach zurückprojizieren – so heißt es eingangs. Doch kaum ist diese Pflichtübung beendet, verfällt die Darstellung in schon fast wieder unterhaltsamer Weise in die soeben noch verdammten nationalen Stereotypen: Der jugoslawische „Patriotismus“ wird sehr wohl in die Zeit vor 1918 zurückprojiziert. Selbst der einfachste serbische Bauer sei vom Glauben an die nationale Mission erfüllt gewesen. Der Erste Weltkrieg gerät zur Heldenlegende, übertroffen bloß noch von den hymnischen Passagen, die sich Titos Vorkriegs-KP widmen. 1918 brechen die Serben durch – hatten sie nicht auch ein paar Franzosen dabei? Quellenkritik gilt der Autorin offenbar als bürgerliches Vorurteil. So erfährt man über die Mlada Bosna, jene Organisation, aus der die Attentäter von Sarajevo hervorgingen: „Fast alle versuchten sich als Literaturkritiker oder Autoren, übersetzten Kierkegaard, Strindberg, Ibsen, Wilde oder Poe.“ Was ja nun wieder sehr wohl die Qualität der altösterreichischen Gymnasien spräche, die solche unerreich schöngeistigen Terroristen züchteten.

Das zentrale Thema wird beschrieben und doch wiederum gelehrt. Die kroatische Bauernpartei von Stepan Radic wird – neben den Kommunisten – zur fundamentalen Herausforderung für das neu entstandene Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen nach 1918 erklärt, um zwei Seiten später linientreu zu verneinen, dass es dieser historischen Gegensatz zwischen Serben und Kroaten war, welcher den Staat lähmte. Was den Krieg aller gegen alle nach 1941 betrifft, wehrt sich die Autorin gegen die „populäre Legende“, dass „sich Serben, Kroaten und Muslime schon immer hassten“. Richtig: Hass ist nun einmal keine sehr vielversprechende Kategorie historischer Analyse. Der Historiker verfügt über kein Instrumentarium, um retrospektiv derlei emotionale Befindlichkeiten eines Massenpublikums abzufragen. „Ethnische Säuberungen funktionierten nicht von selbst, sondern auf Befehl.“ Die rhetorische Frage drängt sich auf, was der Reihenherausgeber Ulrich Herbert einem Autor antworten würde, der Hitlers Anordnungen in ähnlicher Weise externalisieren wollte? Divide et impera versuchten die Deutschen auch anderswo im besetzten Europa zu spielen; auch Rivalitäten zwischen den Widerstands-bewegungen gab es anderswo – aber eben nicht in dieser Intensität. Der nicht eingelöste europäische Vergleich rächt sich.

Auf interessante Einsichten stößt man dort, wo die Autorin auf eigene Forschungen zurückgreifen kann, bei der Sozialgeschichte Serbiens: der Zusammenhang von Übervölkerung und Großfamilie, die frühes Heiraten erlaubte; die höchste Bevölkerungsdichte Europas, gemessen an der produktiven Ackerfläche; die muslimische Stadtbevölkerung, die im 19. Jahrhundert mit den osmanischen Garnisonen abzog – und eine Lücke hinterließ, die für den lange Zeit eher dörflichen Charakter der Städte verantwortlich war;

ja auch noch die Passagen der Zeitzeugin über Stimmungen, Moden und Schlager der vergangenen Jahrzehnte. Auch bei der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte stößt die Darstellung allerdings bald an ihre Grenzen. Dem Leser wird das Elend der Landbevölkerung meist mit dem Adjektiv „unbeschreiblich“ präsentiert; wenn es dann doch an den Versuch einer Beschreibung geht, werden ihm dafür als Resultate der Weltwirtschaftskrise genau jene Symptome vorgeführt, die ihm bereits einige Seiten vorher bei der Beschreibung der vorziger Jahre begegnet sind.

Altchundsechziger mag vielleicht noch der Rückgriff auf Versatzstücke marxistisch-leninistischer Diktion ver-söhnen: Die KP-Erfolge 1920 – nach sechs Jahren kriegsbedingter Kommandowirtschaft – werden mit dem obligaten Hinweis auf „die periodischen Krisen der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ eingeleitet, auch wenn die hohen Prozentsätze der Kommunisten in Makedonien und Montenegro klar erkennen lassen, dass die KP in erster Linie als Surrogat verpörrter nationaler oder regionaler Sonderbestrebungen reüssierte. Die Massaker aller Seiten 1941 bis 1945 werden mit einschlägigen blutrünstigen Zitate illustriert; über die Tito-Partisanen erfährt man hingegen, dass sie in den slowenischen Wäldern 1943/44 sogar noch Zeit fanden, „das Kreditwesen zu ordnen“. Da sollte sich der Weltwährungs-fonds ein Beispiel nehmen!

Ohne jede Ironie – oder zumindest Anführungszeichen – ist vom „demokratischen Arbeiter- und Bauernstaat nach sowjetischem Vorbild“ die Rede. Die Kommunisten propagierten Humanismus und Weltoffenheit; dabei, so liest man, genossen patriotische Tugenden, Kampfegeist und Heldentum hohe Priorität – ein Katalog, der Weltoffenheit vielleicht auch für andere Regimes leichter erschwänglich macht. Die Enteignung

der Bauernschaft nach 1945 gerät zum bloßen Kommunikationsversagen. Denn „die Informationskampagne für die Kollektivierung mündete ins Desaster, weil die Parteikader auf dem Land mit der ausgeklügelten Argumentation ihrer Führung wenig anfangen konnten“. Dass der Zusammenbruch des Sozialismus mit der postindustriellen Gesellschaft zu tun hat, ist nicht so falsch. Für Frau Calic ist damit jedoch gleich auch ein Sündenbock für den Zerfall Jugoslawiens gefunden, ausgelöst nicht zuletzt durch eine „neoliberales Gewaltkur“ 1988/90. Der Nationalismus entspringt offenbar wieder nur Managementfehlern, denn er sei Produkt, nicht Ursache des Kollapses des Post-Tito-Reiches gewesen. Da verwundert es dann freilich nicht, dass bei Frau Calic auch der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und die Frankfurter Allgemeine Zeitung schlecht wegkommen.

Um bei den Marxschen Termini zu bleiben, „Falsches Bewusstsein“ charakterisiert über weite Strecken den Duktus der Darstellung, die zwischen zeitgeistig überhöhten theoretischen Anforderungen und einer unreflektierten „Jugostalgie“ changiert. Einer Autorin, die nicht in ihrer Muttersprache schreibt, wird man einiges nachsehen, Wendungen wie das „kollektive Zusammensitzen“ oder das mysteriöse „geheime Plebiszit“, das angeblich 1919 in Dalmatien stattfand. Ein umsichtiges Lektorat hätte so manche repetitive Passagen, überflüssige Fehler oder unklare Begrifflichkeiten (wie die allgegenwärtigen „Patrioten“) vielleicht korrigieren können. Die im Vorwort angekündigte Leidenschaft der Autorin in allen Ehren – aber stellenweise raubt ihr naives Pathos sogar Feststellungen, die im Prinzip richtig sind, die Überzeugungskraft. LOTHAR HÖBELT

Marie-Janine Calic: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. C.H. Beck Verlag, München 2010. 415 S., 26,95 €.

Vor dem Staatsverfall?

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1967

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung liegt der 20. Band der „Kabinettsprotokolle der Bundesregierung“ vor: ausführlich kommentierte sowie durch Zeittafel, Personen-, Sach- und Ortsregister treffend erschlossene Kurzprotokolle der 47 Sitzungen, die zwischen dem 11. Januar und dem 20. Dezember 1967 stattfanden. Damals war Kurt Georg Kiesinger (CDU) Kanzler, Willy Brandt (SPD) Außenminister, Franz Josef Strauß (CSU) Finanzminister und Carlo Schmid (SPD) Minister für Angelegenheiten des Bundesrates. Schmid gehörte zu den Vätern des Grundgesetzes. In einem Vermerk für Kiesinger vom 29. November heißt es, Schmid habe angeregt, auf einer der nächsten Sitzungen die Frage „Studentenunruhen“ zu besprechen. Der Professor denke dabei „nicht so sehr an das Verhalten der Studenten als an das beklagenswerte Verhalten der jeweils zuständigen Behörden (= Landesregierungen, die der Polizei auf ausdrückliche Anfrage, wie sie sich verhalten solle, keine Antwort geben; Feigheit bei Amtsträgern, zu deren Amtstracht die goldene Kette gehört)“. Man müsse dem Staatsverfall Einhalt gebieten.“ Auf der Sitzung vom 13. Dezember hielt Schmid „es für die einzige angemessene Haltung, Zivilcourage zu zeigen; damit sei es aber weithin schlecht bestellt“. Laut Kiesinger sollten im kommenden Jahr die „allergrößten Anstrengungen“ unternommen werden, „um echtes Verständnis für die Politik der Großen Koalition, die immerhin von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung bejaht werde, zu wecken und darüber hinaus zur Wiedergewinnung eines gesunden Staatsbewusstseins beizutragen“. Das waren noch Zeiten!

Schwerpunkte des Bandes sind die Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Atomwaffensperrvertrag, die Notstandsverfassung (mit dem Verzicht auf eine Ermächtigung der Bundesregierung zum Erlass von Notverordnungen), Empfehlungen zur Sicherung der Presse- und Meinungsfreiheit, Devisenausgleichsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die Verbesserung des Verhältnisses zur DDR und zu den osteuropäischen Staaten. Aber auch die Reaktionen auf den Tod Konrad Adenauers am 19. April werden thematisiert, dann der Ärger im Auswärtigen Amt über die bevorstehende Publikation der Memoiren von Adenauers Moskauer Botschafter Hans Kroll. Den wollte Brandt „zu einer Aussprache“ bitten („Zum Teil handle es sich um offensichtlich ungerechte Urteile über Menschen, zum Teil aber auch um Fragen der Geheimhaltung“), die sich erübrigte, weil Kroll am 8. August starb. Sogar das „Braunbuch“ der DDR, das mit der 2. Auflage von 1967 wieder das Ziel verfolgte, „führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik, darunter den Bundespräsidenten Lübke, als Krieges- und NS-Verbrecher zu entlarven“, stand am 18. Oktober – die Lesewelt blickte nach Frankfurt am Main – auf der Tagesordnung. Kanzler Kiesinger bedauerte „besonders, dass es möglich war, ein derartiges Buch mit Verunglimpfungen gegen den Bundespräsidenten auf der Messe auszustellen“. RAINER BLASIUS

Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1967. Herausgegeben vom Bundesarchiv. Bearbeitet von Walter Naasner und Christoph Seemann. R. Oldenbourg Verlag, München 2010. 762 S., 69,90 €.

Alles eine Frage der Zeit

Wie das wiedervereinigte Deutschland zusammenwächst

„Es wächst zusammen, was zusammengehört.“ In der Euphorie des Mauerfalls prägte Willy Brandt diesen später oft zitierten Satz am Abend des 10. November 1989. Elf Monate später gab es bereits das „neue Deutschland“, bei dem, so jetzt Klaus Schroeder, „nicht zusammenwächst, was zusammengehört“. Der ausgewiesene Kenner der deutschen Nachkriegsgeschichte und der Vereinigung sagt uns, warum das seiner Meinung nach so ist. Er zitiert den „Spiegel“ vom September 1990, der dort zusammenfasste, was der „Wessi“ über den „Ossi“ und umgekehrt dachte. Ein Auszug: „Geduldig warten sie, morgens kurz vor neun, in der Schlange vor der Aldi-Tür. Bleiches Gesicht, fettiges Haar, Blick nach unten, geduckte Haltung, kurze Steppjacken, verwachsene, farblose Jeans, beige-graue Schuhe, verknitterte Plaste-Tüten in der Hand... Manche riechen und manche klauen wie die Raben. Bloß ihre Frauen kriegen öfter einen Orgasmus.“

Dem standen die anderen gegenüber: „Im jeweils modischen Outfit, schicker noch, als die Werbung es will, vom Haarstyling bis zu den Gucci- oder Balyl-Schuhen, immer neu gebräunt von Urlaub und Sonnenbank, in der Achselhöhle der Duft von Estée Lauder oder Joop, am Autoschlüssel der silberne Panther, in der Brieftasche die Golden Card, im Herzen das unerschütterliche Selbstbewusstsein. Der Umgang mit der Obrigkeit in Ämtern und Behörden? Nichts leichter als das, ein Fingerschnippen. Diesen Smarties gehört die Welt, ersatzweise Deutschland.“

Das war es: eine Mischung aus Vorurteilen, Wunschen, Ignoranz und Minderwertigkeitskomplexen. In vielen Fällen war das wohl so – zumindest in den ersten zehn Jahren nach der Vereinigung, manchmal wohl auch heute noch. Da ist Schroeder sehr deutlich: „Viele neue Bundesbürger sind nach wie vor infiziert vom mentalen Gift der

sozialistischen DDR.“ In gleich drei Kapiteln handelt Schroeder dieses Gift ab: Von „Befindlichkeiten, Fremdwahrnehmung und Identitäten“ über „nostalgische Verklärung der DDR als Fiktion“ bis zur „Schlussbilanz der DDR als Realität“ wird kenntnisreich noch einmal die DDR als ein „Land der kleinen Leute“ geschildert: ein Land, in dem eine zentralistische Parteidiktatur die Menschen enteignete, gängele, entmündigte und bespitzelte und in dem das Auseinanderklaffen von Propaganda und politischer Realität unerträglich wurde. Und dann kam der Westen über das Land. Der nationalen Vereinigungseuphorie folgte rasch der Katzenjammer, wie Schroeder richtig konstatiert. Es war wohl so, wie der „Spiegel“ es beschrieben hatte.

Aber das ist das Erfreuliche an Schroeders Analyse und lässt hoffen: wenn er nach Fußball-Weltmeisterschaft „bei Freunden“ in ganz Deutschland und Kanzlerschaft Merkel für das Jahr 2010 eine inzwischen gewachsene Gemeinsamkeit zwischen Ost und West konstatiert, die – gerade unter jungen Menschen – darauf hindeutet, „dass die Deutschen inzwischen mehr verbindet als im ersten Jahrzehnt der Wiedervereinigung“. Dazu passt die richtige Feststellung: „Die Lage im vereinten Deutschland und speziell in Ostdeutschland ist jedoch erheblich besser als die öffentlich verbreitete Stimmung.“ Das ändert allerdings nichts daran, dass es auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung vielerorts immer noch an der Bereitschaft fehlt, den anderen und das andere zu verstehen. Und insofern passt der Schlusssatz dieses lesenswerten Buches, nämlich: „Es kann nur zusammenwachsen, was zusammengehört will!“ Dafür brauchen wir möglicherweise noch einmal 20 Jahre.

ROLF STEININGER

Klaus Schroeder: Das neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. wjs Verlag, Berlin 2010. 249 S., 19,95 €.

Viele deutsche Königin

Die Dauerbaustelle Föderalismus – opulent ausgestattet

Viele Deutsche halten den Föderalismus für so etwas wie einen politischen Wasserkopf, der alles politische Handeln unnötig kompliziert und verteuert. In Umfragen gibt regelmäßig die Mehrheit der Angleichung der Lebensverhältnisse, also dem Zentralismus, den Vorzug vor „Kleinstaaterei“. Unter diesen Vorzeichen ist es höchst erfreulich, dass eine „Kleine Geschichte des Föderalismus“ mit Unterstützung der Volkswagen-Stiftung in so opulenter Ausstattung erscheinen konnte. Albert Funk erinnert daran, wie tief die bundesstaatliche Ordnung in der deutschen Geschichte verwurzelt ist und wie gut die Deutschen – alles in allem – mit ihr gefahren sind. Denn einerseits hat sich der Bundesstaat im Lauf der Jahrhunderte als außerordentlich wandlungs- und anpassungsfähig erwiesen, andererseits brachte er einen kulturellen Reichtum hervor, der den Mangel an politischer Machtentfaltung aufwog. Funk nimmt den Faden der Geschichte bei der Verfestigung der Territorialherrschaften nach der vorletzten Jahrtausendwende auf und verfolgt ihn, ohne abzuschweifen, durch die Jahrhunderte bis zu den Föderalismusreformen nach der jüngsten Jahrtausendwende. Politische Geschichte und Verfassungsgeschichte gehen bei ihm stets Hand in

Hand, was schon deshalb unerlässlich ist, weil es im Verhältnis von Territorialherrschaft und Zentralgewalt stets um Machtfragen geht.

Solange Fürsten in deutschen Landen das uneingeschränkte Sagen hatten, also bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts, behielt meistens der Partikularismus die Oberhand. „Deutschland ist zwischen so vielen Königen aufgeteilt, dass von einem Königreich keine Spur mehr zu finden ist“, spottete Erasmus von Rotterdam. In der Epoche der Nationalstaaten dagegen wurde die Sehnsucht nach Einheit (und Stärke) so übermächtig, dass sie – trotz aller negativen Erfahrungen mit Führer- und Einheitsstaaten auf deutschem Boden – bis heute die vorherrschende Tendenz ist. Da das Verhältnis von Zentralität und Dezentralität stets von neuem ausbalanciert werden muss, bleibt der Föderalismus eine ewige Baustelle. Doch wer sich auf ihr ans Werk macht, tut gut daran, sich anzueignen, was viele Generationen vor uns dort gebaut und niedergelassen haben. Mit seinem am Journalismus geschulten Stil hat Funk auch einem breiteren Publikum einen neuen Zugang dazu verschafft. STEFAN DIETRICH

Albert Funk: Kleine Geschichte des Föderalismus. Vom Fürstentum zur Bundesrepublik. Verlag F. Schöningh, Paderborn 2010. 409 S., 39,90 €.